



Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Beilage 4

Wichtigste Veränderungen zwischen Rechnung 2017 und Budget 2017

Nachfolgend werden grössere Veränderungen in der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget 2017 erläutert. Der Kanton Basel-Stadt unterteilt das Gesamtergebnis in ein Zweckgebundenes Betriebsergebnis, ein Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis, Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen sowie das Finanzergebnis. Für die Departemente und Dienststellen ist vor allem das Zweckgebundene Betriebsergebnis relevant, da es die eigentliche Budgetvorgabe darstellt. Im Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis sind z.B. allgemeine Steuererträge und Transferleistungen vom und an den Bund enthalten.

Das **Zweckgebundene Betriebsergebnis** ist um 11.4 Mio. Franken besser ausgefallen als budgetiert. Dies ist vor allem auf die folgenden positiven und negativen Faktoren zurückzuführen:

Entlastungen:

- Das Budget der Unterrichtskosten wurde um rund 7.9 Mio. Franken nicht ausgeschöpft. Die Unterschreitung ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Schülerzahlen nicht so stark gestiegen sind, wie im Rahmen der Budgetierung angenommen.
- Beim Mehrwertabgabefonds sind Mehreinnahmen von 11.0 Mio. Franken und Mehrausgaben von 3.8 Mio. Franken im Vergleich zum Budget feststellbar.
- Die Aufwendungen einzelner Projekte, die aus dem Standortförderungsfonds finanziert werden, fielen um 5.6 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.
- Die Budgetunterschreitung von 3.5 Mio. Franken bei den Schulabkommen ist zu einem Grossteil auf die erstmalige transitorische Abgrenzung der Bundeseinnahmen und Kantonsbeiträge für ausserkantonale Studierende beim Bildungszentrum für Gesundheit zurückzuführen.
- Die Beiträge an Organisationen der Alters- und Langzeitpflege fielen um rund 3.2 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.
- Tiefer als budgetierte Betriebskosten der ProRhenos führen zu einer Budgetunterschreitung von 2.7 Mio. Franken.
- Im Jahr 2017 wurden Ausgaben in der Höhe von 0.7 Mio. Franken über das Kompetenzkonto des Regierungsrates bewilligt, welchem jährlich ein Budget von 3.0 Mio. Franken zur Verfügung steht.
- Eine Reduktion der Platzierungen in der Jugendhilfe führen zu Minderkosten im Vergleich zum Budget von 2.2 Mio. Franken.
- Das Tiefbauamt weist im Bereich Allmendgebühren und Bewilligungen aufgrund von Grossbaustellen und der Plakatierung Mehreinnahmen von 2.2 Mio. Franken im Vergleich zum Budget aus.
- Die Ausgaben des Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben das Budget um rund 2.0 Mio. Franken unterschritten.
- Die Beiträge an Personen in Pflegeheimen unterschreiten den budgetierten Betrag um rund 1.8 Mio. Franken. Durch das grössere Angebot an Pflegeheimplätzen sind sowohl die Beiträge für die Pflege zu Hause durch Angehörige als auch die Beiträge an die

Tagespflegeheime zurückgegangen. Zudem lagen aufgrund des Systemwechsels bei der Finanzierung von Pflegeheimbauten die Liegenschaftsbeiträge unter den veranschlagten Mitteln.

- Für die stationäre Pflege gemäss KVG fielen um rund 1.7 Mio. Franken tiefere Ausgaben an als budgetiert. Dies ist insbesondere eine Folge der geringeren Inanspruchnahme von ausserkantonalen Spitalbehandlungen.
- Die Aufwendungen für verschiedene gemeinwirtschaftliche Leistungen an die Spitäler unterschritten den budgetierten Betrag um insgesamt 1.6 Mio. Franken.
- Die Abgeltungsrechnung BLT/BVB fiel zugunsten BS rund 1.2 Mio. Franken besser als erwartet aus.
- Der Verkauf an U-Abo ist zurückgegangen. Entsprechend sinken auch die Beiträge des Kantons an die U-Abo (1.1 Mio. Fr.).

Belastungen:

- Für eine künftige Bodensanierung (Neuhausstrasse) wurden Rückstellungen von 16.1 Mio. Franken gebildet.
- Für das Jahr 2017 konnte die IWB aufgrund eines Bundesgerichtsentscheids (fehlende Gesetzesgrundlage) keine Konzessionsgebühr auf die Stromkunden überwälzen. Diese Konzessionsgebühr wurde bisher dem Kanton BS entrichtet. Dies führt zu Mindereinnahmen in der Höhe von 10.4 Mio. Franken im Vergleich zum Budget.
- Sowohl steigende Fallzahlen im Justizvollzug als auch im kostenintensiven Massnahmenvollzug bei den Bevölkerungsdiensten und Migration führen zu einer Budgetüberschreitung von rund 5.5 Mio. Franken.
- Das Globalbudget im Bereich Tram und Bus fällt um rund 4.4 Mio. Franken schlechter aus als budgetiert, da die erwarteten Mehrerlöse aus der Tarifmassnahme des TNW 2017 in Höhe von 4.1 Mio. Franken ausgeblieben sind.
- Das Budget für die Prämienverbilligungen wurde um 3.4 Mio. Franken überschritten.
- Mehraufwendungen führen bei der kantonalen Inkassostelle zu einer Budgetüberschreitung von 2.9 Mio. Franken.
- Die Debitorenverluste beim Strafgericht überschreiten den budgetierten Betrag um 2.9 Mio. Franken.
- Die Bussen bei der Kantonspolizei fallen im Vergleich zum Budget um rund 2.5 Mio. Franken tiefer aus.
- Das Budget der Sozialhilfe wird um rund 2.1 Mio. Franken überschritten. Insbesondere der Anstieg der Zahlfälle und der betreuten Personen führt zu diesem Mehraufwand. Die Zunahme in der Allgemeinen Sozialhilfe beträgt 3.4 Mio. Franken. Hingegen ergibt sich bei der Migration ein Minderaufwand von 1.3 Mio. Franken durch die Verrechnung von Asylkosten in der Höhe von 2.1 Mio. Franken an die Gemeinden Riehen und Bettingen. Zudem fällt der Aufwand für die Drogentherapien um 0.3 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.

Das **Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis** verbessert sich gegenüber dem Budget um 98.8 Mio. Franken. Dabei sind die folgenden Faktoren zu erwähnen:

Entlastungen:

- Im Vergleich zum Budget werden um 125.8 Mio. Franken höhere Steuererträge ausgewiesen. Die direkten Steuern der natürlichen Personen unterschreiten das Budget um rund 25.5 Mio. Franken. Die Steuererträge der juristischen Personen kommen um 89.2 Mio. Franken höher als budgetiert zu stehen. Von diesen Mehreinnahmen sind jedoch rund 70 Mio. Franken auf einmalige Sondererträge zurückzuführen. Die Vermögensgewinnsteuern (21.9 Mio. Franken) und Vermögensverkehrssteuern (6.2 Mio. Franken) übertreffen die budgetierten Werte aufgrund eines überdurchschnittlichen Volumens an Transaktionen und aufgrund von Sonderfällen. Auch die Erbschafts- und Schenkungssteuern (33.5 Mio. Franken) haben den budgetierten Wert übertroffen.
- Die Debitorenverluste der Steuerverwaltung liegen rund 4.5 Mio. Franken unter dem Niveau des Vorjahres und unterschreiten das Budget um rund 13.2 Mio. Franken.
- Aufgrund des hohen Gewinns der Nationalbank wurde eine Zusatzausschüttung an die Kantone beschlossen. Aus diesem Grund beträgt der Anteil von Basel-Stadt anstatt 15.6 neu 26.6 Mio. Franken. Die Gewinnausschüttung 2016 wird im Rechnungsjahr 2017 verbucht.
- Da die Einnahmen des Bundes aus der eidg. Verrechnungssteuer höher als erwartet ausfielen, fällt der Anteil an der eidg. Verrechnungssteuer des Kantons Basel-Stadt um rund 9.2 Mio. Franken höher aus als budgetiert.
- Die Einnahmen aus dem Finanz- und Lastenausgleich mit den Gemeinden Riehen und Bettingen übertreffen das Budget um rund 1.8 Mio. Franken.

Belastungen:

- Der Anteil an der direkten Bundessteuer unterschreitet den budgetierten Wert um rund 55.7 Mio. Franken. Aufgrund des Kassaprinzips gibt es in Abhängigkeit des Zahlungsverhaltens starke Schwankungen in diesem Bereich.
- Die Staatsgarantieabgeltung der Basler Kantonalbank (BKB) unterschreitet das Budget um rund 5.2 Mio. Franken. Diese wurde vom Regierungsrat für die Jahre 2017 bis 2020 auf jährlich 8.8 Mio. Franken festgelegt.

Die **Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen** im Verwaltungsvermögen betragen rund 222.1 Mio. Franken. Damit liegen sie rund 34.7 Mio. Franken über dem Budget. Der Hauptgrund für diese Abweichung ist, dass aufgrund von Revisionsfeststellungen der Finanzkontrolle die Anlagen der Denkmalsubventionen unter 0.05 Mio. Franken (Aktivierungsgrenze) über die Erfolgsrechnung ausgebucht wurden (22.0 Mio. Franken). Beim Globalbudget ÖV fiel eine Sonderabschreibung in der Höhe von 6.8 Mio. Franken für Anlagenabgänge und Nutzungsdauerkürzung bei der BVB an.

Das **Finanzergebnis** fällt um 32.1 Mio. Franken besser aus als budgetiert. Die Dividende der IWB übertraf den budgetierten Wert um 16.9 Mio. Franken. Der Kanton erhielt zudem eine nicht budgetierte Gewinnablieferung des Flughafens Basel-Mulhouse in Höhe von 8.5 Mio. Franken. Dank stabiler Zinslage sowie einer tieferen Verschuldung fiel der Zinsaufwand sowohl bei kurzfristigen als auch bei langfristigen Finanzverbindlichkeiten tiefer als erwartet aus (5.6 Mio. Fr.). Für Negativzinsen aus Mittelaufnahmen fallen nicht budgetierte Einnahmen in Höhe von rund 3.1 Mio. Franken an.

Wichtigste Veränderungen zwischen Rechnung 2017 und Rechnung 2016

Nachfolgend werden grössere Veränderungen in der Erfolgsrechnung gegenüber der Rechnung 2016 erläutert. Das Zweckgebundene Betriebsergebnis verbessert sich im Vergleich zur Vorjahresrechnung um 384.4 Mio. Franken. Dies ist insbesondere auf die Besitzstandseinlagen in Höhe von 411.6 Mio. Franken infolge der Pensionskassen-Reform im Jahr 2016 zurückzuführen. Eine weitere Verbesserung erfolgt aus Mehreinnahmen beim Mehrwertabgabefonds (8.4 Mio. Fr.). Verschiedene weitere kleine Abweichungen erklären die restliche Differenz.

Das **Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis** fällt um 160.5 Mio. Franken tiefer aus als im Vorjahr. Hierfür verantwortlich sind vor allem tiefere Steuererträge (im Jahr 2016 fielen einmalige Mehreinnahmen an) und tiefere Einnahmen aus dem Anteil an der direkten Bundessteuer (86.9 Mio. Fr.).

Die **Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen** im Verwaltungsvermögen fallen um 571.6 Mio. Franken tiefer aus als im Vorjahr. Dies ist fast vollständig auf die Pensionskassenreform 2016 zurückzuführen. So werden die Darlehen an die Destinatäre aus der Pensionskassen-Ausfinanzierung der Jahre 2008 und 2010 in Höhe von rund 602 Mio. Franken nicht mehr weiter amortisiert.

Im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert sich schliesslich das **Finanzergebnis** um 93.3 Mio. Franken. Hauptverantwortlich für die negative Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist die Neubewertung der Anlagen und hierbei insbesondere die verfeinerte Bewertungsmethodik, welche im Jahr 2016 umgesetzt wurde. Die Erträge aus öffentlichen Unternehmungen hingegen fielen höher aus als im Jahr 2016.